

# 34.-36. Tagung(en) des UN-Menschenrechtsrates 2017

## Zusammenfassung und Auswertung

### Inhalt

• <b>I.</b>	<b>Berichte</b>	<b>2</b>
	UN Sonderverfahren	3
	27. Sondertagung zu Rohingya und anderen Minderheiten in Myanmar	3
	34. MRR-Tagung	4
	35. MRR-Tagung	4
	36. MRR-Tagung	5
• <b>II.</b>	<b>Auswertung</b>	<b>6</b>
• <b>III.</b>	<b>Dokumentation</b>	<b>7</b>
	<b>Resolutionen und Entscheidungen</b>	
	34. MRR-Tagung	7
	35. MRR-Tagung	10
	36. MRR-Tagung	12

Theodor Rathgeber  
Forum Menschenrechte  
[trathgeber@gmx.net](mailto:trathgeber@gmx.net)

Jugendheimstrasse 10  
34132 Kassel

## I. Berichte

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (MRR / Human Rights Council, HRC) hielt im Jahr 2017 drei reguläre Tagungen ab: 34. Tagung: 27.02.–24.03.; 35. Tagung: 06.-23.06.; 36. Tagung: 11.-29.09.). Die 27. Sondertagung befasste sich am 05. Dezember 2017 mit der Lage der Rohingya-Bevölkerung und anderen Minderheiten in Myanmar.

Das Jahr 2017 war aus Sicht des Hohen Kommissars für Menschenrechte (HCHR) insgesamt ein schwieriges Jahr. Der HCHR, Zeid Ra'ad Al Hussein, zog im September 2017 den Schluss, die Welt sei düsterer und gefährlicher geworden. Seine Besorgnis galt nicht zuletzt der wachsenden Zahl an Regierungen, die den Schutz der Menschenrechte abgeschafft, fahrlässig oder bewusst den Diskurs zu Menschenrechten unterminiert oder ihre praktische Relevanz signifikant unterhöhlt hatten. Eine Reihe politischer Führungspersonen widersetzte sich offen völkerrechtlichen Verpflichtungen und missachte nationale Gesetze und Verfassungen. Ungarns Ministerpräsident Orbán nahm er unter diesem Gesichtspunkt häufiger ins Visier, der wiederum die Abberufung des HCHR forderte. Ebenso hinderte eine Mehrheit von Mitgliedstaaten den Rat immer wieder daran, zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie China, Bahrain, Jemen oder Saudi Arabien tätig werden zu können.

In Bezug auf Syrien befasste sich der MRR das ganze Jahr hindurch mit Verstößen gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht. Im März beschloss der Rat, alle Berichte an alle zuständigen Gremien der Vereinten Nationen zu übermitteln (34/26). Im Juni hob der Rat die Situation der viereinhalb Millionen Menschen in belagerten oder kaum erreichbaren Gebieten auf die Tagesordnung. Resolution 35/26 zitierte die Vorwürfe der Untersuchungskommission (*Commission of Inquiry; CoI*), die in der Offensive gegen Aleppo schwere Verstöße gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht insbesondere durch syrische Behörden und ihre Verbündeten feststellte; also auch Russlands. Die Resolution forderte dazu auf, strafrechtliche Ermittlungen gegen entsprechend unter Verdacht stehende Personen zu unterstützen. Im September beschloss der HRC (36/20), auf seiner 37. Tagung (März 2018) eine Podiumsdiskussion über Menschenrechtsverletzungen von Kindern in Syrien zu organisieren und insbesondere Angriffe gegen Schulen und Krankenhäuser zu thematisieren.

Unbeschadet der hinreichenden Dokumente war es unmöglich, eine Empfehlung in die Resolution aufzunehmen, dass auch der UN-Sicherheitsrat sich mit der Angelegenheit befassen solle. Wenngleich letzteres angesichts bisheriger Blockaden vermutlich wenig Konkretes erbracht hätte, wäre ein solcher Verweis von symbolischer Bedeutung gewesen. Die Resolution 36/20 fand zwar eine Mehrheit von 27 Stimmen. Es blieb jedoch irritierend, dass sieben Mitgliedstaaten des HRC die Gräueltaten in Syrien nicht mit allen verfügbaren Instrumenten untersucht sehen wollten. Es handelte sich um Bolivien, Burundi, China, Irak, Kuba, Philippinen und Venezuela. Die russische Föderation ist seit dem überraschenden Ausscheiden Ende 2015 kein Mitgliedsstaat mehr und konnte insofern nicht abstimmen.

Im Jahr 2017 erreichte die knappe Finanzausstattung der Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen auch den Menschenrechtsrat. Die Anzahl der Sitzungstage war von vormals 156 auf 135 für das gesamte Jahr 2017 und alle Einrichtungen des Rates reduziert worden. Um dies aufzufangen, erhöhte sich in den regulären Sitzungen des MRR das Pensum pro Tag und führte zu Sitzungen bis kurz vor Mitternacht. Der Autor fühlte sich an Zeiten der vormaligen UN Menschenrechtskommission (MRK) erinnert. Außerdem erörterte der MRR in mehreren Gesprächsrunden, wie die geplante Reduzierung der Sitzungstage für 2018 auf 130 abgewendet oder organisatorisch bewältigt werden könnte.

## *Neues Mandat der UN Sonderverfahren*

Im Berichtszeitraum 2017 schuf der MRR ein neues Mandat der Sonderverfahren (*Special Procedures*) zum Thema Beseitigung der Diskriminierung von Leprakranken und deren Familienangehörigen. Die Regierung Japans hatte die Vorlage zur Resolution [A/HRC/RES/] 35/9 eingebracht, die ein neues Mandat zur Überwindung der Diskriminierung von Personen, die an Lepra erkrankt sind, und ihrer Familienangehörigen zum Inhalt hatte. Die im Konsens verabschiedete Resolution erteilte den Auftrag, die Berichte über Diskriminierungen von Leprakranken zu sammeln, zu systematisieren und auszuwerten sowie Beispiele guter Praxis aufzuzeigen. Die Resolution stellte in Aussicht, das Mandat für einen oder eine Sonderberichterstatter(in) auf drei, maximal sechs Jahre zu begrenzen. Die deutsche Delegation hatte im Namen der Europäischen Union (EU) in einem allgemeinen Kommentar darauf verwiesen, dass zu diesem Thema bereits viele Expertisen vorliegen und angesichts der knappen Kassen Doppelungen zu vermeiden sind.

Im Bereich der Länder beendete der MRR die Mandate zu Haiti und der Elfenbeinküste und stellte damit unter Beweis, dass bei tatsächlicher Veränderung der Menschenrechtslage in einem Land ein Kontrollmechanismus auch wieder beendet werden kann. Ende des Jahres 2017 gab es insgesamt 44 thematische und 12 Ländermandate. Die Genderbalance wies 44 Prozent Frauen und 56 Prozent Männer als Mandatsträgerinnen und –träger aus.

Darüber hinaus richtete der MRR eine neue zwischenstaatliche Arbeitsgruppe ein, die zum Thema menschenrechtliche Pflichten privater Militär- und Sicherheitsfirmen über einen Zeitraum von zunächst drei Jahren eine Vorlage für einen völkerrechtlichen Vertrag erarbeiten soll (Resolution 36/11). Zu diesem Zweck tritt die Arbeitsgruppe jedes Jahr für fünf Arbeitstage zusammen und legt einen jährlichen Fortschrittsbericht vor.

## *Sondertagung zu den Rohingya und anderen Minderheiten in Myanmar*

Die enorme Zahl der nach Bangladesch geflüchteten Angehörigen der Rohingya war der unmittelbare Anlass zur Einberufung der 27. Sondertagung. Der Beschlussfassung zugrunde lagen Berichte des Hohen Kommissars, des Sonderberichterstatters sowie der zusätzlich eingerichteten *Fact-Finding-Mission* zu Myanmar und der Sondergesandten des UN Generalsekretärs zum Thema sexuelle Gewalt in Konflikten. Die Resolution S-27/1 verurteilte die schweren und als systematisch eingestuften Verletzungen der Menschenrechte an den Rohingya und anderen Minderheiten, aber auch die Angriffe auf Polizei und Militär. Der Hohe Kommissar wurde beauftragt, über die Menschenrechtslage der Rohingya fortwährend zu berichten. Der MRR wurde beauftragt, im Rahmen seiner Tagungen Nr. 38 (Juni 2018), 41 (Juni 2019) und 44 (Juni 2020) auf der Grundlage der mündlichen Fortschrittsberichte jeweils einen interaktiven Dialog zu organisieren. Der HCHR und sein Amt (*Office of the High Commissioner for Human Rights*; OHCHR) wurden darüber hinaus beauftragt, zur 40. Tagung (März 2019) einen schriftlichen Bericht vorzulegen, der auch an die UN Generalversammlung weiterzuleiten ist.

Zusammen mit dem schon bestehenden Mandat einer Sonderberichterstattung (seit 1992) und einer *Fact-Finding-Mission* (seit März 2017 durch Resolution 34/22) verfügt der HRC so über ein umfassendes Instrumentarium, um die Lage der Menschenrechte vollständig und fortlaufend dokumentieren und die Ergebnisse einer öffentlichen Bewertung unterziehen zu können. Sehr viel mehr ist dem HRC institutionell nicht möglich. Die Resolution wurde mit 33 Stimmen dafür, drei Stimmen dagegen (Burundi, China, Philippinen) und neun Enthaltungen verabschiedet. Bolivien und Kuba hatten an der Abstimmung nicht teilgenommen.

### 34. Tagung

Seit Jahren wird im MRR um die Beteiligung der Zivilgesellschaft heftig gestritten und das Mandat zum Thema Menschenrechtsverteidigung in Frage gestellt. Während der 34. Tagung hatte Norwegen einen Resolutionsentwurf zur Verlängerung des Mandats für weitere drei Jahre vorgelegt. Während das Mandat letztlich durch Resolution 34/5 verlängert wurde, präsentierte die russische Föderation vier Änderungsanträge, Südafrika und China je einen. Der Änderungsantrag 34/L.42 wollte etwa das innerstaatliche Recht als alleinige Referenz für die Aktivitäten von Menschenrechtsverteidigern gelten lassen. Das würde bedeuten, dass mit Hilfe einer restriktiven, nationalen Gesetzgebung allein schon die Forderung und das Bemühen um die Umsetzung der Menschenrechte unterlaufen werden könnte. In Staaten wie Russland, Ägypten oder Pakistan ist das zwar längst Praxis, aber sie wollen auch den Segen des MRR dafür. Die Änderungsanträge 34/L.44 und L.45 (alle russische Föderation) zielten darauf ab, den Begriff Menschenrechtsverteidiger vollständig zu streichen und damit die Geltung der UN Erklärung zu den Rechten von Menschenrechtsverteidigern auszuhebeln. Alle Änderungsanträge wurden mit großer Mehrheit (28 und 29 Gegenstimmen) abgelehnt. Südafrika hatte seinen Antrag zurückgezogen.

Eine bizarre Abstimmung hatte der von Georgien vorgelegte Resolutionsentwurf zur Folge, ein Mandat zwecks technischer Zusammenarbeit zwischen dem Land und dem OHCHR einzurichten. Die Resolution 34/37 wurde zwar mit 18 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen angenommen. Die relativ geringe Zustimmung war jedoch dem unverhohlenen, instrumentellen Ansinnen geschuldet, über die Krücke technische Zusammenarbeit mit Georgien die Menschenrechtssituation nicht nur dort sondern auch in den angrenzenden bzw. abtrünnigen Gebieten Abchasien und Südossetien zu beleuchten. Auch im MRR heiligt inzwischen nicht jeder Zweck die Mittel.

Erste Konsequenzen der neuen Trump-Administration wurden schon im März 2017 sichtbar. Während der Obama-Administration hatten sich die USA häufig der Resolution über das Recht auf Nahrung mit dem Vorbehalt angeschlossen, dass damit keine Anerkennung des Sozialpakts verbunden sei. Dieses Mal traf die Resolution zum Recht auf Nahrung (34/12) bei den USA auf grundsätzliche Ablehnung, wenngleich die Resolution mit 45:1 Stimmen bei Enthaltung Südkoreas eine deutliche Mehrheit fand.

### 35. Tagung

Bislang wagte es kaum ein Mitgliedsstaat, Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter offen in Frage zu stellen. Dafür fanden sie subtilere Mittel. Die Resolution 35/18 zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen forderte die Staaten auf, alle Gesetze aufzuheben, die exklusiv Handlungen oder Verhaltensweisen von Frauen und Mädchen kriminalisieren oder mit Verweis auf Brauchtum, Tradition, Kultur und Religion einschränken. Die Resolution wurde zwar letztlich angenommen. Zwei Änderungsanträge von Belarus, China, Ägypten und der russischen Föderation hatten jedoch darauf abgezielt, Menschenrechtsverteidigerinnen nicht zu erwähnen (35/L.41) und den Begriff Gleichstellung mit dem Hinweis fallen zu lassen, dass alle Menschenrechte sowieso dazu tendierten, eine egalitäre Gesellschaft zu schaffen (35/L.42). Die Änderungsanträge wurden abgelehnt, fanden jedoch die Unterstützung von immerhin 14 und 17 Mitgliedstaaten.<sup>1</sup> In ähnlicher Weise legten Belarus, China, Ägypten und die russische

---

<sup>1</sup> Ägypten, Bangladesch, Bolivien, Burundi, China, Indien, Irak, Katar, Kenia, Nigeria, Philippinen, Saudi Arabien, Vereinte Arabische Emirate, Venezuela [14] bzw. Ägypten, Bangladesch, Bolivien, Burundi, China, Elfenbeinküste,

Föderation zwei Änderungsanträge gegen die Resolution 35/10 zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen vor. Die Resolution forderte die Staaten auf, Geschlechterstereotypen bei Männern und Jungen präventiv anzugehen. Ein Bericht zur 38. Tagung (Juni 2018) sollte Beispiele einer guten präventiven Praxis aufführen. Die Änderungsanträge 35/L.39 und L.40 hätten hingegen die Resolution konterkariert. Die Überwindung der Stereotypen wäre just Eltern und Erziehungsberechtigten als Aufgabe zugeordnet worden, also einem der Horte, in denen die fraglichen Klischees seit Jahrhunderten entstanden. Beide Änderungsanträge wurden abgelehnt. Weniger erfolgreich war die Abwehr tradierter Geschlechterrollen in der Resolution 35/13 zum Schutz der Familie. Diese Resolution transportiert nach wie vor den Stereotypus der Kernfamilie mit Frau, Mann und Kind und fand die Unterstützung von 30 Mitgliedstaaten.<sup>2</sup>

Der MRR arbeitete allerdings auch an der Erweiterung frauenrechtlicher und gendergerechter Rahmenbedingungen. Im Juni thematisierte und kritisierte die Resolution 35/16 Kinder-, Früh- und Zwangsheiraten in Betreuungseinrichtungen. Die Resolution 35/22 postulierte die gleichberechtigte Teilhabe am Recht auf Bildung für jedes Mädchen. Im September forderte die Resolution 36/8 die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte durch Frauen und Mädchen und die systematische Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in die Umsetzung der Agenda 2030.

Zum Thema Klimawandel wurde die Resolution 35/20 verabschiedet, die das OHCHR beauftragte, im Vorfeld zur Vertragsstaatenkonferenz zum Klimawandel eine Podiumsdiskussion zum Thema Menschenrechte, Klimawandel und Migration zu organisieren und darüber einen Bericht zu verfassen, der rechtzeitig in die Vorbereitung der nächsten Vertragsstaatenkonferenz in Katowice im Dezember 2018 (COP 24) einfließen sollte.

### *36. Tagung*

In jeder Septembertagung legt der UN Generalsekretär seinen Bericht über die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure mit den Vereinten Nationen im Bereich Menschenrechte vor. Der Bericht 2017 (A/HRC/36/31) offenbarte vielfältige Formen der Einschüchterung und Repression gegen Personen, die die Zusammenarbeit gesucht hatten. Dazu gehörten Reiseverbote, behördliche Schikanen, Drohungen, willkürliche Inhaftierungen, Verschwindenlassen oder wirtschaftliche Strafmaßnahmen wie das Einfrieren von Bankkonten. Die Abwehr solcher Repressalien gehört mittlerweile zu einer Kernaufgabe des UN Menschenrechtssystems.

Die entsprechende Resolution (36/21) wurde von der Staatengruppe Ghana, Ungarn, Irland, Fidschi und Uruguay vorgelegt. Insgesamt lagen dazu 19 Änderungsanträge vor (36/L.43-L.61), koordiniert von China, Ägypten, Indien, russischer Föderation und Venezuela. Alle kreisten um die Vorstellung, der Aufbau staatlicher Kapazitäten müsse das zentrale Ergebnis einer solchen Zusammenarbeit sein, Kritik sei dementsprechend abträglich. Mit Ausnahme von drei Anträgen wurde der Großteil der beantragten Änderungen abgewiesen. Der Änderungsantrag L.56 thematisierte vermeintlich Selbstverständliches: Informationen sollten glaubwürdig und zuverlässig sein und müssten gründlich überprüft und bestätigt werden. Nicht zuletzt die Antragsteller nutzten in der Vergangenheit diesen Vorhalt, die im Bericht des Generalsekretärs vorgelegten Fälle seien erfunden oder politisch motiviert und insofern unglaubwürdig. Natürlich müssen Inhalt und Informationsquelle geprüft werden. Eine letztliche Gewissheit und daraus

---

Indien, Indonesien, Irak, Katar, Kenia, Nigeria, Philippinen, Republik Kongo, Saudi Arabien, Vereinte Arabische Emirate, Venezuela [17].

<sup>2</sup> Ägypten, Äthiopien, Bangladesch, Bolivien, Botswana, Burundi, China, Cuba, Elfenbeinküste, Ecuador, El Salvador, Ghana, Indien, Indonesien, Irak, Kenia, Kirgistan, Mongolei, Nigeria, Paraguay, Philippinen, Republik Kongo, Ruanda, Saudi Arabien, Südafrika, Togo, Tunesien, Vereinte Arabische Emirate, Venezuela.

folgende Konsequenzen werden jedoch durch beständig neue Zweifel sabotiert, wie das Beispiel Syrien nachdrücklich belegt. Am Ende wurde die Resolution mit 28 Ja-Stimmen und 19 Enthaltungen angenommen.

Die Menschenrechtslage im Jemen war Gegenstand zunächst zweier Resolutionsentwürfe. Belgien, Kanada, Irland, Luxemburg und die Niederlande hatten einen Entwurf vorgelegt, Ägypten zog im Namen der Afrikanischen Staatengruppe mit einem zweiten nach. In Verhandlungen konnte die Einsetzung einer internationalen Ermittlergruppe durchgesetzt und die ansonsten unkritische Resolution 36/31 im Konsens verabschiedet werden. Ähnlich wurde zu Burundi verfahren. Die 2016 etablierte, internationale Untersuchungskommission (33/24) stellte schwerste Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht fest (Bericht A/HRC/36/54). Der von Estland im Namen der EU eingebrachte Resolutionsentwurf 36/L.9 sah den Antrag an die UN Generalversammlung vor, die Mitgliedschaft Burundis im Rat zu suspendieren. Tunesien im Namen der Afrikanischen Staatengruppe legte wenig später den Resolutionsentwurf L.33 vor, weitgehend frei von Kritik und Konsequenzen.

Anders als im Fall Jemen blieb es bei zwei Anträgen. Der Entwurf Estlands wurde als reine prozedurale Entscheidung (36/19) zur Fortführung des Mandats der Untersuchungskommission verabschiedet. Dieses Vorgehen erlaubte eine zweite Resolution 36/2 seitens der Afrikanischen Staatengruppe, die als technische Unterstützung ausgelegt war. Allerdings beauftragte auch die Resolution 36/2 das OHCHR, ein Untersuchungsteam zusammenzustellen, so dass zu Burundi im Moment zwei Untersuchungsteams mit sechs Expert(inn)en unterwegs sind. Das ist der Menschenrechtslage dort durchaus angemessen aber skurril.

Die Lage der Menschenrechte bei kleinbäuerlichen Familien und anderen Bewohner(inne)n ländlicher Regionen ist seit 2012 Gegenstand einer Arbeitsgruppe zwecks Ausarbeitung einer internationalen Erklärung. Das Mandat dieser Arbeitsgruppe wurde erneuert (36/22), wobei innerhalb der EU-Staaten Portugal dafür und Großbritannien dagegen war, Deutschland sich der Stimme enthielt.

## **II. Auswertung**

Auch 2017 ließen einige Staaten nichts unversucht, die Handlungsfähigkeit des Rates durch Verfahren zur Geschäftsordnung zu behindern oder zu blockieren. Der Resolutionsentwurf zur Zusammenarbeit nichtstaatlicher Akteure mit den Vereinten Nationen bildete nur die Spitze des Eisbergs. Die allermeisten Änderungen zuungunsten der Menschenrechtsstandards wurden immerhin abgelehnt. Die Vorgänge zeigten aber das zähe Ringen um normative Standards und ihre politische Operationalisierung. Ermutigend dabei: die Anzahl der MRR-Mitgliedsstaaten bildet nach wie vor eine prekäre Mehrheit, die mehr zum normativen Arbeitsauftrag des Rates neigt; und es sind nicht nur Länder der westlichen Staatengruppe.

Bedenken hinsichtlich der Arbeits- und Funktionsweise des Menschenrechtsrates bestehen gleichwohl fort. Dass die Demokratische Republik Kongo als Mitgliedsstaat für die Periode 2018-2020 gewählt wurde, ist schwer nachvollziehbar. Zumal die DR Kongo sowohl im UN Sicherheitsrat als auch im MRR (Resolution 35/36) Objekt offizieller Untersuchungen ist. Die Tatsache, dass mit Ägypten, Burundi, China, Philippinen, Saudi Arabien oder Venezuela weitere Staaten Mitglied sind, die zivilgesellschaftliche Akteure und Menschenrechtsverteidigerinnen systematisch unterdrücken, einschüchtern und angreifen, lässt natürlich die Frage aufwerfen, wie überzeugend der Rat als Hort menschenrechtlicher Belange auftreten kann. Meiner Einschätzung nach wird es dazu keine abschließende Antwort geben, sondern es werden immer nur größere oder geringere Annäherungen an das normative Optimum möglich sein.

Im Vergleich zu anderen Institutionen der Vereinten Nationen, in denen neben normativen Standards auch politische Erwägungen Bestandteil des Entscheidungsprozesses und Handelns sind, sticht der MRR momentan allerdings durchaus positiv hervor. Unter Einschluss der Sonderverfahren und der allgemeinen Länderüberprüfung (Universal Periodic Review) liegt ein Berichtswesen und Monitoringsystem vor, das kaum eine Frage nach Ursachen, Dynamik, Schwere, Systematik und Verantwortlichkeit offen lässt. Selbst wenn der MRR darauf keine angemessene politische Antwort und Bewertung etwa in Form einer Resolution findet, was zu kritisieren ist, scheint mir jedoch ein Bemühen im Rat unübersehbar, schwere Menschenrechtsverletzungen durch vielerlei, teilweise informelle Verfahrensschritte auf der Tagesordnung zu halten, sich mithin weiterhin damit zu befassen sowie dem Licht der kritischen Öffentlichkeit auszusetzen. Das gilt es nicht nur zu verteidigen sondern auszubauen.

### **III. Dokumentation, Resolutionen und Entscheidungen**

#### **34. MRR-Tagung**

##### ***Resolutionen***

34/1      **Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka** - ohne Abstimmung angenommen

34/2      **Promotion of the enjoyment of the cultural rights of everyone and respect for cultural diversity** - ohne Abstimmung angenommen

34/3      **Mandate of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights** – in einer Abstimmung angenommen mit 31:16, 0 Enthaltungen

34/4      **Question of the realization in all countries of economic, social and cultural rights** - ohne Abstimmung angenommen

34/5      **Mandate of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders** - ohne Abstimmung angenommen

34/6      **Mandate of the Special Rapporteur on minority issues** - ohne Abstimmung angenommen

34/7      **The right to privacy in the digital age** - ohne Abstimmung angenommen

34/8      **Effects of terrorism on the enjoyment of all human rights** - in einer Abstimmung angenommen mit 28:15, 4 Enthaltungen

34/9      **Adequate housing as a component of the right to an adequate standard of living and the right to non-discrimination in this context** - ohne Abstimmung angenommen

34/10     **Freedom of religion or belief** - ohne Abstimmung angenommen

- 34/11     **The negative impact of the non-repatriation of funds of illicit origin to the countries of origin on the enjoyment of human rights, and the importance of improving international cooperation** - in einer Abstimmung angenommen mit 30:1, 16 Enthaltungen
- 34/12     **The right to food** - in einer Abstimmung angenommen mit 45:1, 1 Enthaltung
- 34/13     **Human rights and unilateral coercive measures** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:14, 0 Enthaltungen
- 34/14     **Right to work** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/15     **Birth registration and the right of everyone to recognition everywhere as a person before the law** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/16     **Rights of the child: protection of the rights of the child in the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/17     **Regional arrangements for the promotion and protection of human rights** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/18     **Freedom of opinion and expression: mandate of the Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/19     **Torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment: mandate of the Special Rapporteur** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/20     **Human rights and the environment**- ohne Abstimmung angenommen
- 34/21     **Human rights of migrants: mandate of the Special Rapporteur on the human rights of migrants** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/22     **Situation of human rights in Myanmar** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/23     **Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran** - in einer Abstimmung angenommen mit 22:12, 13 Enthaltungen
- 34/24     **Situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/25     **Situation of human rights in South Sudan** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/26     **The human rights situation in the Syrian Arab Republic** - in einer Abstimmung angenommen mit 27:7, 13 Enthaltungen
- 34/27     **Human rights in the occupied Syrian Golan** - in einer Abstimmung angenommen mit 26:3, 18 Enthaltungen
- 34/28     **Ensuring accountability and justice for all violations of international law in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem** - in einer Abstimmung angenommen mit 30:2, 15 Enthaltungen

- 34/29     **Right of the Palestinian people to self-determination** - in einer Abstimmung angenommen mit 43:2, 2 Enthaltungen
- 34/30     **Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem** - in einer Abstimmung angenommen mit 41:2, 4 Enthaltungen
- 34/31     **Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan** - in einer Abstimmung angenommen mit 36:2, 9 Enthaltungen
- 34/32     **Combating intolerance, negative stereotyping and stigmatization of, and discrimination, incitement to violence and violence against, persons based on religion or belief** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/33     **Establishment of a forum on people of African descent** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/34     **Mandate of the Intergovernmental Working Group on the Effective Implementation of the Durban Declaration and Programme of Action** - in einer Abstimmung angenommen mit 46:1, 0 Enthaltungen
- 34/35     **Mandate of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/36     **Elaboration of complementary standards to the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination** - in einer Abstimmung angenommen mit 31:4, 12 Enthaltungen
- 34/37     **Cooperation with Georgia** - in einer Abstimmung angenommen mit 18:5, 24 Enthaltungen
- 34/38     **Technical assistance and capacity-building to improve human rights in Libya** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/39     **Assistance technique et renforcement des capacités dans le domaine des droits de l'homme au Mali** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/40     **Promoting the Voluntary Technical Assistance Trust Fund to Support the Participation of Least Developed Countries and Small Island Developing States in the Work of the Human Rights Council** - ohne Abstimmung angenommen
- 34/41     **Human rights, democracy and the rule of law** - ohne Abstimmung angenommen

### *Entscheidungen*

Alle ohne Abstimmung angenommen

- 34/101     **Outcome of the universal periodic review: Togo**  
34/102     **Outcome of the universal periodic review: Syrian Arab Republic**  
34/103     **Outcome of the universal periodic review: Bolivarian Republic of Venezuela**

- 34/104 **Outcome of the universal periodic review: Iceland**  
34/105 **Outcome of the universal periodic review: Zimbabwe**  
34/106 **Outcome of the universal periodic review: Lithuania**  
34/107 **Outcome of the universal periodic review: Uganda**  
34/108 **Outcome of the universal periodic review: Timor-Leste**  
34/109 **Outcome of the universal periodic review: Republic of Moldova**  
34/110 **Outcome of the universal periodic review: Haiti**  
34/111 **Outcome of the universal periodic review: South Sudan**

*Statement des MRR-Präsidenten*

PRST 34/1 **Situation des droits de l'homme en Haïti** - ohne Abstimmung angenommen

35. MRR-Tagung

*Resolutionen*

35/1 **Seventieth anniversary of the Universal Declaration of Human Rights and twenty-fifth anniversary of the Vienna Declaration and Programme of Action** – ohne Abstimmung angenommen

35/2 **The right to education: follow-up to Human Rights Council resolution 8/4** - ohne Abstimmung angenommen

35/3 **Human rights and international solidarity** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:15, 0 Enthaltungen

35/4 **Promotion of the right to peace** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:11, 4 Enthaltungen

35/5 **Mandate of the Special Rapporteur on trafficking in persons, especially women and children** - ohne Abstimmung angenommen

35/6 **Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities** - ohne Abstimmung angenommen

35/7 **Business and human rights: mandate of the Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises** - ohne Abstimmung angenommen

35/8 **Enhancement of international cooperation in the field of human rights** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:3, 12 Enthaltungen

35/9 **Elimination of discrimination against persons affected by leprosy and their family members** - ohne Abstimmung angenommen

35/10 **Accelerating efforts to eliminate violence against women: engaging men and boys in preventing and responding to violence against all women and girls** - ohne Abstimmung angenommen

**35/11 Mandate of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers** - ohne Abstimmung angenommen

**35/12 Independence and impartiality of the judiciary, jurors and assessors, and the independence of lawyers** - ohne Abstimmung angenommen

**35/13 Protection of the family: role of the family in supporting the protection and promotion of human rights of older persons** - in einer Abstimmung angenommen mit 30:12, 5 Enthaltungen

**35/14 Youth and human rights** - ohne Abstimmung angenommen

**35/15 Mandate of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions** - ohne Abstimmung angenommen

**35/16 Child, early and forced marriage in humanitarian settings** - ohne Abstimmung angenommen

**35/17 Protection of the human rights of migrants: the global compact for safe, orderly and regular migration** - ohne Abstimmung angenommen

**35/18 Elimination of discrimination against women and girls** - ohne Abstimmung angenommen

**35/19 Extreme poverty and human rights** - ohne Abstimmung angenommen

**35/20 Human rights and climate change** - ohne Abstimmung angenommen

**35/21 The contribution of development to the enjoyment of all human rights** - in einer Abstimmung angenommen mit 30:13, 3 Enthaltungen

**35/22 Realizing the equal enjoyment of the right to education by every girl** - ohne Abstimmung angenommen

**35/23 The right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health in the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development** - ohne Abstimmung angenommen

**35/24 Human rights in cities and other human settlements** - ohne Abstimmung angenommen

**35/25 The negative impact of corruption on the enjoyment of human rights** - ohne Abstimmung angenommen

**35/26 The human rights situation in the Syrian Arab Republic** - in einer Abstimmung angenommen mit 27:8, 12 Enthaltungen

**35/27 Situation of human rights in Belarus** - in einer Abstimmung angenommen mit 18:8, 21 Enthaltungen

**35/28 The Social Forum** . ohne Abstimmung angenommen

**35/29 Contribution of parliaments to the work of the Human Rights Council and its universal periodic review** - ohne Abstimmung angenommen

**35/30 Consideration of the elaboration of a draft declaration on the promotion and full respect of human rights of people of African descent** - ohne Abstimmung angenommen

**35/31 Cooperation with and assistance to Ukraine in the field of human rights** - in einer Abstimmung angenommen mit 22:6, 19 Enthaltungen

**35/32 National policies and human rights** - ohne Abstimmung angenommen

**35/33 Technical assistance to the Democratic Republic of the Congo and accountability concerning the events in the Kasai regions** - ohne Abstimmung angenommen

**35/34 Protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism** - ohne Abstimmung angenommen

**35/35 Situation of human rights in Eritrea** - ohne Abstimmung angenommen

### *Entscheidungen*

**35/101 Panel discussion on the human rights of internally displaced persons in commemoration of the twentieth anniversary of the Guiding Principles on Internal Displacement** - ohne Abstimmung angenommen

### *Statement des MRR-Präsidenten*

**35/1 Situation des droits de l'homme en Côte d'Ivoire** - ohne Abstimmung angenommen

## 36. MRR-Tagung

### *Resolutionen*

**36/1 Composition of staff of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights** - in einer Abstimmung angenommen mit 31:15, 1 Enthaltung

**36/2 Mission du Haut-Commissariat des Nations Unies aux droits de l'homme pour améliorer la situation des droits de l'homme et l'obligation de rendre des comptes au Burundi** - in einer Abstimmung angenommen mit 23:14, 9 Enthaltungen

**36/3 The use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:15, 0 Enthaltungen

**36/4 Mandate of the Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable international order** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:15, 0 Enthaltungen

- 36/5 **Unaccompanied migrant children and adolescents and human rights** – ohne Abstimmung angenommen
- 36/6 **Enforced or involuntary disappearances** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/7 **Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/8 **The full enjoyment of human rights by all women and girls and the systematic mainstreaming of a gender perspective into the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/9 **The right to development** - in einer Abstimmung angenommen mit 31:11, 4 Enthaltungen
- 36/10 **Human rights and unilateral coercive measures** - in einer Abstimmung angenommen mit 30:15, 1 Enthaltung
- 36/11 **Mandate of the open-ended intergovernmental working group to elaborate the content of an international regulatory framework on the regulation, monitoring and oversight of the activities of private military and security companies** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/12 **World Programme for Human Rights Education** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/13 **Mental health and human rights** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/14 **Human rights and indigenous peoples** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/15 **Mandat du Rapporteur spécial sur les incidences sur les droits de l'homme de la gestion et de l'élimination écologiquement rationnelles des produits et déchets dangereux** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/16 **Human rights in the administration of justice, including juvenile justice** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/17 **The question of the death penalty** - in einer Abstimmung angenommen mit 27:13, 7 Enthaltungen
- 36/18 **Conscientious objection to military service** - ohne Abstimmung angenommen
- 36/19 **Renewal of the mandate of the Commission of Inquiry on Burundi** - in einer Abstimmung angenommen mit 22:11, 14 Enthaltungen
- 36/20 **The human rights situation in the Syrian Arab Republic** - in einer Abstimmung angenommen mit 27:7, 13 Enthaltungen
- 36/21 **Cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights** - in einer Abstimmung angenommen mit 28:0, 19 Enthaltungen

**36/22 Promotion and protection of the human rights of peasants and other people working in rural areas** - in einer Abstimmung angenommen mit 34:2, 11 Enthaltungen

**36/23 Mandate of the Working Group of Experts on People of African Descent** - ohne Abstimmung angenommen

**36/24 From rhetoric to reality: a global call for concrete action against racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance** - in einer Abstimmung angenommen mit 32:5, 10 Enthaltungen

**36/25 Assistance technique et renforcement des capacités dans le domaine des droits de l'homme en République centrafricaine** - ohne Abstimmung angenommen

**36/26 Technical assistance and capacity-building to improve human rights in the Sudan** - ohne Abstimmung angenommen

**36/27 Assistance to Somalia in the field of human rights** - ohne Abstimmung angenommen

**36/28 Enhancement of technical cooperation and capacity-building in the field of human rights** - ohne Abstimmung angenommen

**36/29 Promoting international cooperation to support national human rights follow-up systems, processes and related mechanisms, and their contribution to the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development** - ohne Abstimmung angenommen

**36/30 Technical assistance and capacity-building in the field of human rights in the Democratic Republic of the Congo** - in einer Abstimmung angenommen mit 45:1, 1 Enthaltung

**36/31 Human rights, technical assistance and capacity-building in Yemen** - ohne Abstimmung angenommen

**36/32 Advisory services and technical assistance for Cambodia** - ohne Abstimmung angenommen

### ***Entscheidungen***

Alle ohne Abstimmung angenommen

**36/101 Outcome of the universal periodic review: Bahrain**

**36/102 Outcome of the universal periodic review: Ecuador**

**36/103 Outcome of the universal periodic review: Tunisia**

**36/104 Outcome of the universal periodic review: Morocco**

**36/105 Outcome of the universal periodic review: Indonesia**

**36/106 Outcome of the universal periodic review: Finland**

**36/107 Outcome of the universal periodic review: United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland**

**36/108 Outcome of the universal periodic review: India**

**36/109 Outcome of the universal periodic review: Brazil**

**36/110 Outcome of the universal periodic review: Philippines**

**36/111 Outcome of the universal periodic review: Algeria**

**36/112 Outcome of the universal periodic review: Poland**

**36/113 Outcome of the universal periodic review: Netherlands**

36/114     **Outcome of the universal periodic review: South Africa**

36/115     **Extension of the mandate of the independent international fact-finding mission on Myanmar**

*Statement des MRR-Präsidenten*

36/1         **Reports of the Advisory Committee - ohne Abstimmung angenommen**

Theodor Rathgeber